



Europa leitet die Zeit der Veränderungen ein. Die wirtschaftliche Krise hat den über viele Jahre geschaffenen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt unterbrochen und legte die strukturellen Mängel Europas offen. Europa braucht eine Strategie, mit der gewährleistet werden kann, dass wir nach Überwindung der Wirtschaftskrise viel stärker sein werden. Am 26. März 2010 billigte der Europäische Rat den Vorschlag der Europäischen Kommission, die neue Strategie zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum namens „Europa 2020“ umzusetzen. Diese Strategie basiert auf einer besseren wirtschaftlichen Koordinierung und mehr Augenmerk auf die Stärkung des europäischen Potenzials eines nachhaltigen Wachstums und Wettbewerbs.

Dieses Thema wurde im Rahmen der internationalen Konferenz „Neue Kompetenzen für neue Arbeitsplätze - die Rolle des sozialen Dialogs und der Sozialpartner bei der Umsetzung der Europa 2020-Strategie“ in aller Breite diskutiert. Diese Konferenz wurde vom 5.-7. Mai 2011 von der litauischen Arbeitsföderation (LDF) mit Unterstützung von EZA und der Europäischen Union in Vilnius (Litauen) organisiert. Für die Organisatoren der Konferenz, die litauische Arbeitsföderation (LDF), das Europäische Zentrum für Arbeitnehmerfragen (EZA) und ein Netz von Sozialarbeiterverbänden ist es wichtig, nicht nur mehr Arbeitsplätze zu schaffen, sondern bessere Arbeitsplätze. Dieses Seminar ist Teil des EZA-Großprojekts zum Thema „Strategie Europa 2020“, das im laufenden Haushaltsjahr durchgeführt wird, und in dessen Rahmen insgesamt elf Seminare stattfinden werden.

Die Konferenzteilnehmer aus 12 EU-Staaten betonten, dass die in den letzten Jahren neu geschaffenen Arbeitsbeziehungen eine besorgniserregende Qualität aufwiesen. Deutlich mehr Arbeitsplätze würden befristet oder als Teilzeitarbeitsstellen geschaffen. Es gäbe zudem mehr projektbezogene Arbeitsplätze und Minijobs. In einigen europäischen Ländern werden Menschen, die 4 Stunden pro Tag arbeiten, bereits als beschäftigt angesehen. Viel Aufmerksamkeit wurde auch der Jugend zuteil. Die Wirtschaftskrise hat die „Generation Gap“ hervorgebracht: Jugendliche weisen mehr Qualifikationen auf, haben aber keine Arbeit. Sie wollen gut bezahlte und interessante Arbeitsplätze haben. Die älteren Menschen wollen der Jugend keine Arbeitsplätze überlassen. Aber auch die Jugend will keine Änderungen und hat Schwierigkeiten, sich schnell an Innovationen anzupassen.

Die Strategie „Europa 2020“ wurde von Professor Daniel Navas Vega vom ILO-Ausbildungszentrum in Turin (Italien) vorgestellt. Die Welt bewege sich in Richtung Globalisierung. Der demografische Stand der EU sei nicht gut. Navas wies die Konferenzteilnehmer auf die Tatsache hin, dass die neuen Qualifikationen nicht nur für die neuen, sondern auch für die alten Arbeitsplätze notwendig seien. Er betonte die Notwendigkeit, neue Arbeitsplätze zu schaffen sowie die Menschen mit Arbeit nicht zu vergessen. Es sei außerordentlich wichtig, in Programme des lebenslangen Lernens zu investieren, ständig und permanent über Innovationen auf dem Arbeitsmarkt zu informieren und an die moralischen und arbeitsethischen Richtlinien zu erinnern. Europa hat sich während der Wirtschaftskrise verändert. Welche Veränderungen traten nach der Krise im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zutage? Tom Vandenbrande, Gast von HIVA an der Universität Löwen in Belgien, präsentierte die

wichtigsten Änderungen in EU-Ländern, die bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie aufkamen. Leider konnten viele Länder die Arbeitslosigkeit nicht wie geplant verringern. Nur Deutschland und die skandinavischen Länder waren dazu in der Lage. Hauptziel der Strategie „Europa 2020“ ist es, 75 Prozent der Menschen in der Altersgruppe von 20-64 Jahre Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten. Die übrigen vier Ziele der Strategie beziehen sich auf Innovation, Energie, Bildung und Armutsbekämpfung. Viele Redner wiesen darauf hin, dass das Hauptproblem bei der Ausbildung die Schaffung von Spezialisten sei, ohne dass dabei die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes berücksichtigt würden. Oft wählen junge Leute beliebte Studiengänge, die ihnen in der Zukunft jedoch keinen Arbeitsplatz gewährleisten. Aufgrund des Mangels an Informationen und Arbeitsmarktforschung investieren die Länder in Menschen, die andere zukünftige Arbeitsplätze als ihren eigentlichen Beruf wählen. Die Vertreter der Jugend wiesen auch darauf hin, dass es einen Mangel an praktischen Fertigkeiten und Kenntnissen im Studienplan gebe. Šarūnas Frolenko, Präsident der LiJOT, und Juozas Meldžiukas, stellvertretender Direktor der Abteilung Jugendarbeit, wiesen darauf hin, dass ein junger Mensch mit abgeschlossenem Universitätsstudium keine klare Perspektive zu seiner zukünftigen Arbeit habe. Der Entwicklung praktischer Fertigkeiten und Kenntnissen werde wenig oder keine Aufmerksamkeit und Zeit gewidmet. Die Redner erwähnten, dass die Ressourcen des Landes auf die Maßnahmen ausgerichtet werden müssten, die sich bei der Vorbereitung eines jungen Menschen für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt als nützlich erweisen könnten. Wie die Gäste aus anderen EU-Ländern wiesen litauische Jugendvertreter auf die grundlegende Bedeutung hin, den Arbeitsmarkt zu erforschen, junge Berufstätige gemäß den Untersuchungsergebnissen auszubilden und diejenigen Berufe zu fördern, die zukünftig nachgefragt sind.

In Europa wurde dieses Jahr zum Jahr der Freiwilligenarbeit erklärt. Ehrenamtliche Tätigkeiten eröffnen den Studierenden die Möglichkeit, mit ihrem zukünftigen Beruf in Berührung zu kommen. Die ausländischen Gäste betonten auch die Bedeutung eines ehrenamtlichen Engagements als Möglichkeit zur Verbesserung. Mithilfe ehrenamtlicher Tätigkeiten können Menschen, die während der Krise ihren Arbeitsplatz verloren haben, ihre beruflichen Qualifikationen bewahren oder sogar vertiefen. Eine der führenden Initiativen der Strategie „Europa 2020“ heißt „Youth on the move“ („Jugend in Bewegung“). Diese Flaggschiffinitiative wurde von Rasita Martišienė vorgestellt, dem Präsidenten des LDF-Jugendausschusses. Es sei wichtig, die Beschäftigung von Jugendlichen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als getrennte Diskussionsthemen zu behandeln. Es sei notwendig, die Probleme der zunehmenden Armut und sozialen Ausgrenzung unter Jugendlichen zu besprechen, und Wege zu suchen, um diese Tendenzen zu stoppen. Die Strategien zur Ausbildung und Beschäftigung von Jugendlichen in den verschiedenen EU-Ländern müssten miteinander kombiniert werden.

Bei der Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ ist die Rolle der Sozialpartner sehr wichtig. Die Förderung des sozialen Dialogs und die Aufstellung gemeinsamer Ziele müssen in den Vordergrund gestellt werden. Józef Mozolewski, Vertreter der historischen Solidarnosc-Gewerkschaft in Polen, die an der Konferenz teilnahm, referierte ausführlich über die Rolle dieser Gewerkschaft während der Wirtschaftskrise. Der Referent erwähnte auch, dass diese Krise nicht nur ökonomischer, sondern auch spiritueller Art sei. Antonio Di Mateo, Vizepräsidenten der christlichen Bewegung in Italien, erinnerte daran, dass eine Führung durch Werte notwendig sei, um die Ziele zu erreichen. Als Vertreter einer christlichen Organisation und eines christlich geprägten Landes zitierte der Gast aus der Enzyklika „Laborem exercens“ des Papstes Johannes Paul II., die vor 30 Jahren geschrieben wurde: „Durch Arbeit muss sich der Mensch sein tägliches Brot besorgen, und nur so kann er beständig zum Fortschritt von Wissenschaft und Technik sowie zur

kulturellen und moralischen Hebung der Gesellschaft beitragen, in Lebensgemeinschaft mit seinen Brüdern und Schwestern (...)“.

ERGEBNISSE DER KONFERENZ: Ziele der Sozialpartner bei der Umsetzung der Strategie „Europa 2020“.

1. Die Strategie „Europa 2020“ ist stärker auf Anforderungen der Arbeitgeber ausgerichtet. Hauptziel der Strategie ist es, Arbeitgeber zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu bewegen. Arbeit muss auch für die Mitarbeiter attraktiv sein.
2. Innerhalb der Strategie wird die Flexibilität der Beschäftigung betont, während der Arbeitsqualität weniger Aufmerksamkeit zuteil wird. Es ist außerordentlich wichtig, Begriffe wie Arbeitsqualität, Beschäftigungsqualität und Qualität der Qualifikationen zu definieren.
3. Die Sozialpartner müssen gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um Arbeit, Beschäftigung und Qualität der Qualifikationen auf komplexe Weise zu verbessern. Die drei genannten Aspekte sollten auf koordinierte Weise verbessert werden.
4. Ziele der Gewerkschaften sind qualitativ hochwertige Arbeitsplätze auf Grundlage des wissenschaftlichen Fortschritts, Schutz und Sicherheit der Mitarbeiter und die Bewahrung der Natur.
5. Die Gewerkschaften müssen darauf bestehen, eine gemeinsame europäische Definition eines guten Arbeitsplatzes vorzunehmen sowie eine einheitliche Methodologie zur Arbeitsplatzbewertung zu erstellen.
6. Die Gewerkschaften müssen auf einen Mechanismus hinarbeiten, mit dem minimale Lebensstandards geschaffen und ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird.
7. Die Sozialpartner müssen an der Einführung von Programmen mitarbeiten, mit denen Beschäftigung sowie Berufsausbildung, Umschulung und die Bewertung beruflicher Kompetenzen geschaffen werden.
8. Es muss dringend ein einheitliches europäisches System für berufliche Qualifikationen geschaffen werden.
9. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen den sozialen Dialog, die Regulierung der Arbeitsbeziehungen sowie moralische Einstellungen zur Arbeitswelt erlernen und fördern.
10. Informations- und Beratungsverfahren sind entscheidende Mittel, um Arbeitsbeziehungen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Die Gewerkschaften müssen die Qualifikationen ihres Führungspersonals ausbauen. Die Regierungen müssen die Programme zur Stärkung des sozialen Dialogs finanziell unterstützen.